

Sparaufträge sorgen für dicke Luft

Die Finanzkommission will rascher sparen als die Regierung

Die Bürgerlichen drücken im Zürcher Kantonsrat aufs Tempo: Sie wollen das Sparprogramm der Regierung erweitern. Die harschen Reaktionen auf diesen Plan zeigen, dass die Nerven angespannt sind.

ANDREAS SCHÜRER

Eines muss man Beatrix Frey-Eigenmann lassen: Konfliktscheu ist sie nicht. Die FDP-Parlamentarierin kennt die Kritik an ihr und der von ihr präsidierten kantonsrätlichen Finanzkommission (Fiko): Sie sei resistent gegen Argumente, sie drücke Sparaufträge durch, die nicht umsetzbar seien, ja sie gefährde den Ruf des Kantonsrats. In einer Kommissionssitzung soll sie kürzlich heftig mit Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (fdp.) und Baudirektor Markus Kägi (svp.) zusammengestossen sein, wie Teilnehmer berichten. Vor allem Kägi soll sie richtiggehend «zusammengestaucht» haben, schildert ein Anwesender.

Frey-Eigenmann lacht, wenn sie das hört, und sagt: «Wir waren eben unterschiedlicher Meinung. Aber es ist natürlich einfacher, wenn man Geld verteilen kann, als wenn man sparen muss.» Für Kägis harsche Reaktion habe sie Verständnis, weil Sparen auch bei ihr keine Euphorie auslöse. Der Fiko liege indes nicht daran, zu provozieren. Angesichts der finanziellen Lage des Kantons sei es aber wichtig, dass eine fundierte Diskussion angestossen werde. Sich einfach zu verweigern, wie das einzelne Bildungsverantwortliche täten, sei falsch.

Die finanzielle Lage des Kantons ist tatsächlich angespannt. Im mittelfristigen Ausgleich 2012 bis 2019 fehlen rund 1,8 Milliarden Franken. Der Regierungsrat kündigte deshalb letzten Herbst eine Leistungsüberprüfung an; erste konkrete Vorschläge für die Umsetzung sollen im Frühling bekannt werden. Im Fokus hat der Regierungsrat jene zehn Leistungsgruppen, deren Ausgaben am stärksten wachsen, unter anderem die Bereiche Bildung, Gesundheit und öffentlicher Verkehr. Ziel der Regierung ist, die einschneidenden Massnahmen auf das Jahr 2018 hin in Kraft setzen zu können.

Baudirektion soll nicht kneifen

Für die kantonsrätliche Fiko ist dieses Vorgehen zu zögerlich. Sie drängt darauf, dass bereits im Budget 2017 substanzielle Einschnitte erfolgen. Zudem verlangt sie, dass die Direktionen die ihnen zgedachten Kürzungen in jedem Fall tragen - wenn nicht in dem von der Regierung vorgesehenen Bereich, dann eben in einem anderen. Und: Frey-Eigenmann und ihre Fiko-Kollegen wollen auch

die Baudirektion in die Pflicht nehmen - die einzige Direktion, die von den fokussierten Einschnitten in den zehn stark wachsenden Leistungsgruppen nicht betroffen ist. Für Frey-Eigenmann ist es trotz Kägis Intervention nichts als fair, wenn alle Direktionen von Anfang an unter die Lupe genommen werden. Die Baudirektion habe deshalb auch Saldoverbesserungen von jährlich 50 Millionen Franken in Kauf zu nehmen.

Dass gewichtige Sparaufträge auf das Jahr 2017 gar nicht umsetzbar seien, weil oft gesetzliche Anpassungen nötig seien, will die Fiko-Präsidentin so nicht stehen lassen. Selbstverständlich handle es sich um eine Herkules-Aufgabe. Sollte aber ein Anstieg der Verschuldung oder auf das Jahr 2018 eine Erhöhung des Steuerfusses verhindert werden, müsse konsequent gespart werden - ab 2017.

Formell sind die Forderungen der Fiko in Erklärungen zum konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) gegossen. Diese KEF-Erklärungen gelten zwar als zahnlos, weil der Regierungsrat leicht über sie hinweggehen kann, selbst wenn der Kantonsrat sie annimmt. Im gegenwärtigen Umfeld, das von der Umsetzung des Sanierungspakets geprägt ist, hat die KEF-Diskussion aber doch einen hohen Stellenwert, auch wenn sie von Kritikern als Phantomdebatte abgetan wird. Ausgetragen wird sie im Kantonsrat kommende Woche, am Montag und am Dienstag.

SP in der Oppositionsrolle

Für die SP ist die KEF-Debatte nicht für die Galerie, wie manche Spötter sagen. Vielmehr sieht sich die Partei mit für sie unangenehmen neuen Mehrheitsverhältnissen konfrontiert. Die Stärkung des bürgerlichen Lagers bei den Wahlen im Frühling 2015 zeigt Wirkung. Bereits in der Budgetdebatte im Dezember machten SVP, FDP, CVP, GLP, BDP, EDU und vereinzelt auch EVP gemeinsame Sache; SP, Grüne und AL standen oft auf verlorenem Posten. In der kommenden KEF-Debatte dürfte das Bild ähnlich sein.

Für SP-Fraktionschef Markus Späth haben KEF-Erklärungen zwar nicht maximalen Biss, der Puls des Parlaments in der Finanzpolitik werde aber spürbar, sagt er. Seine Diagnose steht schon vor der Debatte fest: «Das Parlament ist drauf und dran, seine Glaubwürdigkeit zu verlieren.»

Im Fokus von Späths Ärger steht die Fiko, die laut Plänen der Geschäftsleitung des Kantonsrats bald schon zusätzliche Kompetenzen erhalten könnte; im Budgetprozess soll sie den Sachkommissionen hierarchisch übergeordnet werden. Ihr derzeitiges Auftreten wertet Späth als schlechtes Omen für diese Aufwertung. Zum einen habe sie formell mit «Last-Minute-Anträgen» zur KEF-Debatte in Kauf genommen, dass Regierung und Fraktionen zu etlichen Anträgen gar keine Stellung hätten

nehmen können - dies sei inakzeptabel. Zum anderen seien die KEF-Anträge der Fiko auch inhaltlich nicht überzeugend. Dass sie den Regierungsrat massiv unter Druck setze, spiegle offensichtlich das Misstrauen in die eigene bürgerliche Exekutive und deren Willen, die angekündigte Leistungsüberprüfung entschlossen umzusetzen. Unseriös sei aber vor allem die Forderung, dass eine Direktion, die in den derzeit definierten Leistungsgruppen die Sparziele nicht erreiche, diese intern mit Einschnitten an anderen Orten einhalte. Späth sagt, dies sei faktisch ein ähnlich pauschaler Sparauftrag, wie ihn das Parlament jahrelang mit Kürzungen auf einem umstrittenen Sammelkonto gepflegt habe, und stelle eine Kapitulation dar. Er meint: «Wenn wir sparen wollen, müssen wir sagen, wo.» Nicht umsetzbar sei, die Kürzungen etwa beim öffentlichen Verkehr oder bei der Bildung bereits auf das Jahr 2017 in Kraft zu setzen. Späth sagt: «Die Fiko greift in einer Art und Weise ein, die mich an der Seriosität ihrer Arbeit zweifeln lässt.»

Reaktion auf Bildungstag

Frey-Eigenmann kann wegen solcher Aussagen nur den Kopf schütteln. Wer lieber Steuern erhöhen als das Ausgabenwachstum bremsen wolle, könne ernsthafte Spardiskussionen natürlich leicht ins Lächerliche ziehen. Die fehlenden 1,8 Milliarden Franken im mittelfristigen Ausgleich könne aber auch die SP nicht herbeizaubern. Also gelte es, der Regierung bei der Umsetzung der Leistungsüberprüfung den Rücken zu stärken. Und sie meint: Die Schärfe der KEF-Formulierungen sei auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass in der Bildungslandschaft viele die Diskussion verweigerten.